



Nachrichten zum Terror und zum israelisch-palästinensischen Konflikt

(25. – 31. Oktober 2017)

Überblick

- ▶ Der Schwerpunkt der Ereignisse der vergangenen Woche lag bei der Sprengung eines terroristischen Tunnels der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina (PIJ), der in das israelische Territorium in der Nähe des Sicherheitszauns im zentralen Gazastreifen führte. Bisher wurden die Namen von sieben Toten bekannt gegeben, fünf davon – der Divisionskommandeur der zentralen Flüchtlingslager und sein Stellvertreter –, Aktivisten der Organisation, und zwei Aktivisten der Hamas, die während der Bergungsarbeiten im Tunnel umkamen.
- ▶ Die Hamas gab Israel die Schuld für den Angriff und behauptete, dass Israel die interne Vereinbarung über die palästinensische Versöhnung zu sabotieren versuche. Die PIJ drohte mit einer Rache für "Israels Verbrechen" und erklärte, dass der Waffenstillstand mit Israel beendet sei. In der Praxis haben diese Organisationen bisher immer verzichtet, darauf zu reagieren.
- ▶ Die Sprengung des Tunnels verdeutlicht die Problematik, mit der Mahmud Abbas bei der Verwirklichung der innerpalästinensischen Versöhnung konfrontiert wird. Während die Regierungsgewalt auf die PA (einschließlich der Kontrolle über die Grenzübergänge) übertragen werden soll, hat Mahmud Abbas keinen Einfluss auf grundlegende Fragen wie den Abbau der militärischen Infrastruktur (einschließlich der Tunnel). Die Hamas war und bleibt, trotz einer äußeren Erscheinung der Versöhnung und der Übertragung der Autoritäten auf die PA, die tatsächliche "Adresse" zum Thema der Konfrontation mit Israel im Gazastreifen.
- ▶ Am 2. November 2017 jährt sich die Balfour-Deklaration zum 100. Mal. Die Palästinensische Autonomiebehörde und verschiedene andere Organisationen planen, eine breit angelegte Kampagne mit Kundgebungen und Demonstrationen in Judäa, Samaria und im Ausland (Großbritannien) zu veranstalten. Der Außenminister der PA sagte, dass Vorbereitungen zur Einreichung von Klagen gegen Großbritannien zur Wiederherstellung der "historischen

Rechte" des palästinensischen Volkes und zur Korrigierung des "historischen Fehlers" unternommen werden.

Israelische Streitkräfte sprengen einen terroristischen Tunnel, der in das israelische Territorium führte

► Am 30. Oktober 2017 gab der IDF-Sprecher bekannt, dass **israelische Streitkräfte die kontrollierte Sprengung eines terroristischen Tunnels initiiert haben. Dieser Tunnel befand sich in Bau und führte in das israelische Territorium in der Nähe des Sicherheitszauns bei Khan Junis im zentralen Gazastreifen. Der Tunnel reichte im israelischen Gebiet bis in die Nähe des Kibbuzes Kissufim.** Die IDF gab bekannt, dass der Bau des Tunnels, der noch nicht betriebsbereit war, für eine gewisse Zeit überwacht wurde und dass er in einem Gebiet gegraben wurde, in dem die neue Grenzbarriere noch nicht vorhanden ist.



**Sprengung des Tunnels östlich von Khan Junis
(Twitter-Account von PALINFO, 30. Oktober 2017)**

► **Der Tunnel gehörte der PIJ.** Bisher wurden die Namen **von sieben Toten** bekannt gegeben. Dabei handelt es sich um solche, die sowohl durch die Sprengung als auch im Verlauf der Bergungsarbeiten umkamen. **Fünf davon sind PIJ-Aktivisten und zwei gehören der Hamas an.** Unter ihnen befinden sich **Arafat Murschid Abu Abdallah**, Divisionskommandeur der zentralen Flüchtlingslager beim militärischen Arm der PIJ, sein Stellvertreter **Hassan Ramadan Abu Hassnen**, sowie **Husam Dschihad al-Samiri, Ahmed Mahmud Abu Armana und Omar Nassar al-Falit.** Zwei weitere Tote gehörten der al-Nahba, der Eliteeinheit des militärischen Arms der Hamas, an (Website der Jerusalem Brigaden; Twitter-Account von PALINFO, 30 Oktober 2017).



Die fünf getöteten Mitglieder des militärischen Arms des PIJ (von links nach rechts): Arfat Murschid Abu Abdallah, Divisionskommandeur der zentralen Flüchtlingslager beim militärischen Arm der PIJ; Hassan Ramadan Abu Hasnin, stellvertretender Kommandeur der zentralen Flüchtlingslager beim militärischen Arms der PIJ; Hussam Dschihad al-Esmere, Ahmed Mahmoud Abu Armaneh, Omar Natzar, Alpaka-Aktivisten der zentralen Flüchtlingslager beim militärischen Arms der PIJ (Webseite der Jerusalem Brigaden, 30. Oktober 2017)



Die beiden getöteten Aktivisten der Hamas: Musbah Schuber (l) und Muhammad al-Agha (r) (Twitter-Account von PALINFO, 30. Oktober 2017)

► In Folge des Angriffs kündigte der militärische Arm der PIJ eine allgemeine Mobilisierung an (Filastin al-Yawm, 30. Oktober 2017). Das Innenministerium in Gazastadt gab die Räumung aller Sicherheitsvorposten bekannt. Der Sprecher des Innenministeriums in Gazastadt, **Iyad al-Bazam**, dementierte jedoch diese Nachricht (Twitter-Account von Qudspress, 30. Oktober 2017). Palästinensische Beamte verurteilten den israelischen Angriff mit der Begründung, dass er gegen den "Waffenstillstand" verstößt und dass er die palästinensische Versöhnung zu sabotieren versucht. Einige von ihnen drohten sogar mit Rache.

Die Reaktionen der Hamas

► **Ismail Haniyya**, Vorsitzender des Politbüros der Hamas, rief **Ramadan Schallah**, Generalsekretär der PIJ, an, und versicherte ihm und der PIJ an "dieser wichtige Station" die Unterstützung der Hamas. Er betonte, dass der Tod der Aktivisten beider militärischen Arme ein Beweis für den einheitlichen Weg und für die Art und Weise, Zweck und Bestimmung bis zur Erreichung des Siegs und der Befreiung in Einklang zu halten, sei (Webseite der Hamas, 30. Oktober 2017). Haniyya rief auch **Khaled al-Batasch**, hochrangiges Mitglied der PIJ, an, und betonte ihm gegenüber die einheitliche Position, die in Bezug auf die Reaktion auf die "zionistischen Verbrechen" einzunehmen sei (PalToday, 30. Oktober 2017).

► **In einer offiziellen Erklärung der Hamas** wurde betont, dass das "Verbrechen" seitens Israels eine herbe Eskalation gegen das palästinensische Volk und ein verzweifelter israelischer Versuch, die Versöhnungsbemühung zu sabotieren, sei. Dieser Aussage zufolge sei der "Widerstand" das natürliche Recht des palästinensischen Volkes (Webseite der Hamas, 30. Oktober 2017). **Der militärische Arm der Hamas** gab eine eigene Erklärung ab, in der es hieß, dass Israel dafür verantwortlich sei, dass "das Blut der Getöteten nicht umsonst vergossen wurde" und dass Israel die Folgen dieser Eskalation tragen wird. Der militärische Arm betonte, dass Israels Bestrebungen, durch "Verbrechen gegen das palästinensische Volk" neue Konfliktregeln zu bestimmen, unglückliche Versuche seien, die dem "Widerstand" bekannt sind und die zum Scheitern verurteilt sind (Website des militärischen Arms der Hamas, 30. Oktobers 2017). **Jahja Musa**, hochrangiges Mitglied der Hamas, sagte, dass Israel den Prozess der Versöhnung zu unterbrechen und die Einheit des palästinensischen Volkes durch eine plötzliche Eskalation der Situation zu verhindern versucht. Er rief dazu auf, einen gemeinsamen Krisenraum aller Organisationen einzurichten (Shehab, 30. Oktober 2017).

Die Reaktionen der PIJ

► In einer Erklärung verkündete **der militärische Arm der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina**, dass "das Blut der Getöteten nicht umsonst vergossen wurde" und dass **alle Reaktionsmöglichkeiten offen gehalten werden** (Filastin al-Yawm, 30. Oktober 2017). Die Organisation stellte auch fest, dass der Tunnelbau Teil ihrer Abschreckungspolitik sei (al-Aqsa TV, 30. Oktober 2017). **Daud Schehab**, Sprecher der PIJ, sagte, dass der israelische Angriff eine Kriegserklärung seitens Israels sei und dass die kommenden Stunden zeigen werden, welche Reaktion darauf folgen wird. In dieser Hinsicht betonte er, dass alle

Optionen offen seien (Filastin al-Yawm, 30. Oktober 2017). **Muhammad al-Hindi**, Mitglied des Politbüros der PIJ, sagte, **dass der Waffenstillstand mit Israel vorbei sei** und dass die Reaktion so schwer wie das Verbrechen es war ausfallen wird (al-miadin, 30. Oktober 2017). **Khaled al-Batasch**, hochrangiges Mitglied der PIJ, sagte, dass die israelische Aktion eine Überraschung und ein klarer Versuch, das Deck neu zu mischen sei. Seinen Angaben zufolge werden sie Israel nicht ermöglichen, die Regeln des Konflikts und die Verletzung des Waffenstillstandsabkommen zu bestimmen **und werden auf die "Verbrechen" reagieren** (al-Aqsa TV, 30. Oktober 2017).

Die Reaktionen der PA und der Fatah-Bewegung

► **Rami Hamdallah**, Premierminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, schrieb auf seiner Facebook-Seite, dass er angesichts der "israelischen Verbrechen" gegen das palästinensische Volk im Gazastreifen erneut die **Notwendigkeit, die nationale Einheit zu bewahren**, betont. Diese soll durch die Stärkung der inneren Front, die Vollendung der Versöhnung und die Unterstützung der legitimen Führung, geleitet vom Vorsitzenden der PA, geschehen. Er rief zudem die internationale Gemeinschaft auf, hier die rechtliche und moralische Verantwortung zu tragen, die israelische Aggression aufzuhalten und das palästinensische Volk zu beschützen (Offizielle Facebook-Seite von Rami Hamdallah, 31. Oktober 2017).

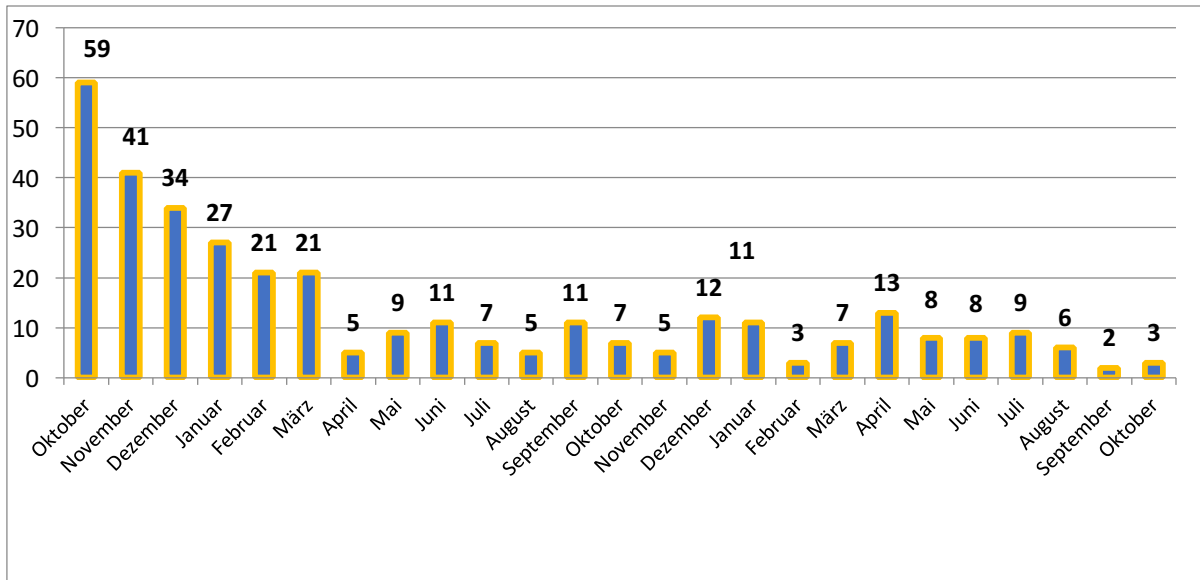
► **Eine Bekanntmachung der Fatah** verurteilte ebenfalls den Angriff und warnte, dass die Ausfühler nicht ungestraft davon kommen werden. Der Bekanntmachung zufolge sei dieses Verbrechen Teil der Politik der israelischen Regierungen, die sich von der Schuld der fortlaufenden Korruption auf Kosten des palästinensischen Volkes zu entziehen versuchen (Wafa Nachrichtenagentur, 30. Oktober 2017). **Faiz Abu 'Itta**, stellvertretender Sekretär des Revolutionsrats der Fatah, sagte, dass es sich hier um eine Verletzung des Waffenstillstands und um einen weiteren israelischen Versuch, das Deck neu zu mischen und dem Versöhnungsprozess Schaden zuzufügen, handelt. Er fügte allerdings zu, dass die Fatah der Ansicht sei, dass sich die Reaktion im Rahmen halten und dass keine Organisation auf eigene Faust handeln sollte (al-miadin, 30. Oktober 2017).

Die Situation in Judäa und Samaria

Demonstrationen und Ausschreitungen

- ▶ Die Demonstrationen und Ausschreitungen in Judäa und Samaria wurden fortgesetzt. Dabei handelte es sich überwiegend um Vorfälle, bei denen Steine und Molotow-Cocktails geworfen wurden. Die israelischen Sicherheitskräfte vereitelten eine Reihe von Angriffen und nahmen mehrere dutzend Terrorverdächtige fest.
- ▶ Im Folgenden einige nennenswerte Ereignisse:
 - ◆ **Am 29. Oktober 2017** wurden **im Bereich Schuafat in Ost-Jerusalem** Steine auf die Jerusalemer Stadtbahn geworfen. Es gab keine Verletzten, ein Waggon wurde jedoch beschädigt (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 29. Oktober 2017).
 - ◆ **Am 28. Oktober 2017** nahmen Grenzpolizisten einen Aktivisten der Hamas aus Nablus fest, während er mit seinem Wagen in der Nähe des Checkpoints von **Abu Dis** fuhr. Im Kofferraum des Fahrzeugs wurde eine dort versteckte Pistole gefunden (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 28. Oktober 2017).
 - ◆ **Am 26. Oktober 2017** wurden mehrere Molotow-Cocktails auf Fahrzeuge und einen Bus geworfen, die **auf der Schnellstraße 60 in der Nähe von Halhul** (Region Hebron) fuhren. Es gab keine Verletzten und es wurde kein Schaden angerichtet (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 28. Oktober 2017).
 - ◆ **Am 25. Oktober 2017** berichtete eine IDF-Einheit über Schüsse nahe dem Haupteingang der Siedlung **Bet Haggai** (Hebrongebirge). Es gab keine Verletzten und es wurde kein Schaden angerichtet (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 25. Oktober 2017).

Bedeutende Angriffe in Judäa, Samaria und Jerusalem im vergangenen Jahr¹



Lösung des Mordfalls an Reuven Schmerling in Kfar Kassem

► Kürzlich wurde eine Klageschrift gegen **Jusuf Kamil** und **Muhammad Abu al-Rab**, Bewohner von Kabatije, eingereicht, die am 4. Oktober 2017 Reuven Schmerling aus der Siedlung Elkana, dessen Leiche im September 2017 in einem Lagerhaus in Kfar Kassem gefunden wurde, ermordet hatten. Aus der Anklage geht hervor, dass **die beiden im September 2017 illegal nach Israel einreisten und nach Arbeit suchten**. Allerdings beschlossen sie noch vor ihrer Einreise nach Israel, dass sie sich **für den Tod ihres Freundes Ahmed Abu al-Rab mit einem Messer-Angriff rächen wollen**. Dieser wurde beim Versuch eines Messer-Angriffs vor dem Hintergrund der Ereignisse in der al-Aqsa Moschee an einer Tankstelle in der Nähe des Checkpoints Dschalame (Region Dschenin) am 2. November 2015 getötet.

► **Jusuf Kamil** hatte vor, seinen Aufenthalt in Israel zur Ausführung eines Messer-Angriffs auszunutzen und schlug Muhammad Abu al-Rab vor, gemeinsam den Angriff auszuführen. Dieser weigerte sich jedoch anfänglich. Die beiden begannen in einem Kohlelager zu arbeiten, das Reuven Schmerling gehörte. Später beschlossen sie, **einen jüdischen Mitarbeiter zu ermorden**. Sie besorgten sich ein Fleischmesser, das sie unter der Matratze in ihrem Zimmer versteckten. Sie erhielten auch die Telefonnummer eines Bewohners von

¹ Als bedeutende Angriffe bewerten wir Schuss-, Auto- und Messer-Angriffe, das Platzieren von Sprengsätzen oder kombinierte Angriffe. Das Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails ist hier nicht mit inbegriffen.

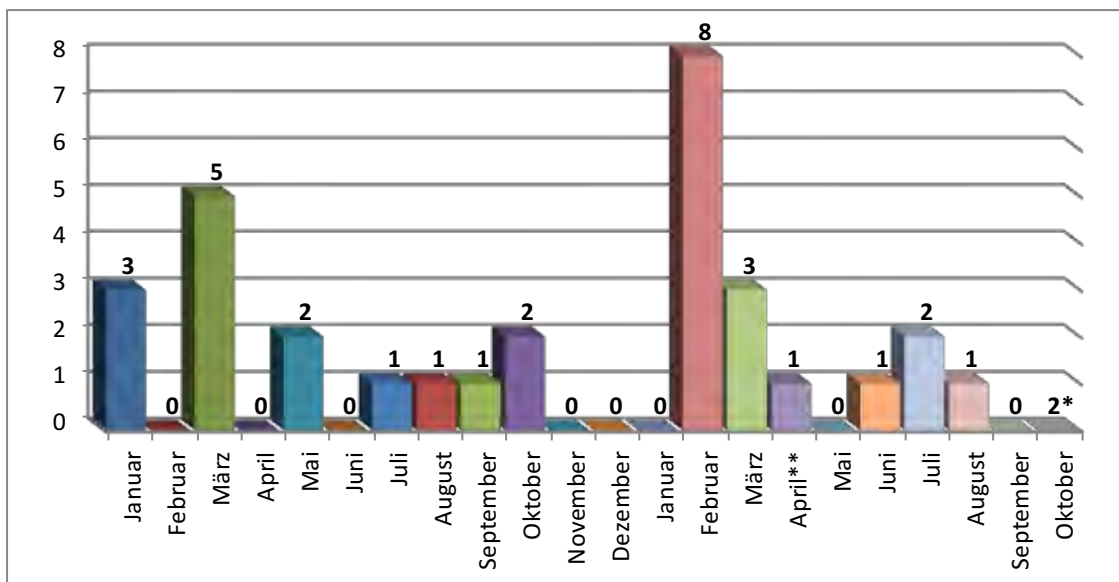
Kafr Kassem, der sie nach dem Angriff zu ihrem Wohnort hätte bringen sollen. Am 4. Oktober 2017 entschieden sie, als Reuven Schmerling das Lager betrat, dass es an der Zeit sei, zu handeln. Jusuf Kamil koordinierte die entsprechende Abholung nach dem Angriff. Danach erstachen sie Schmerling und schlugen ihn mit einem Pickel und mit einem Ventilator, der im Zimmer war. Danach duschten sie, zogen sich um und fuhren zu ihrem Wohnort (Haaretz, 29. Oktober 2017).

Der Süden Israels

Der Raketenbeschuss

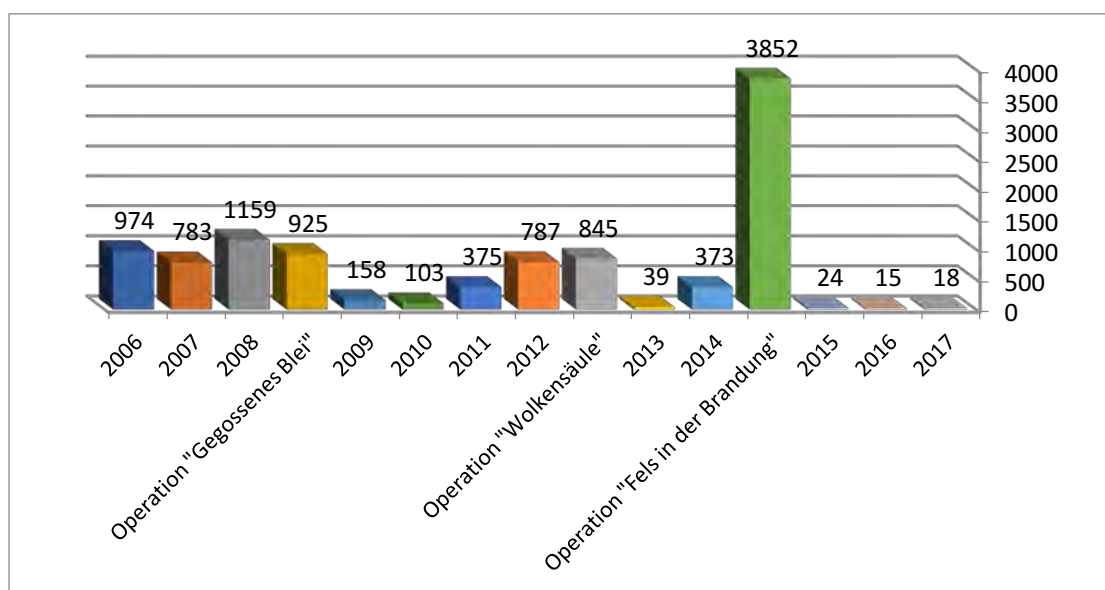
► In der vergangenen Woche wurde kein Raketeneinschlag auf israelischem Gebiet registriert.

Raketeneinschläge in Israel im Monatsdurchschnitt seit Januar 2016



Sechs der Raketen, die im Februar 2017 abgestürzt waren, wurden von der Sinai-Halbinsel aus, aller Wahrscheinlichkeit nach von Aktivisten der Sinai-Provinz des IS, auf Israel abgefeuert. Im April 2017 wurde von der Sinai-Halbinsel aus eine Rakete von Aktivisten der Sinai-Provinz des IS auf Israel abgefeuert. Im Oktober 2017 wurden zwei Raketen aus dem Norden der Sinai-Halbinsel von einem Zweig des IS auf der Sinai-Halbinsel abgefeuert. Die Raketen stürzten auf dem Gebiet des Regionalverbands Eschkol ab.

Raketeneinschläge in Israel im Monatsdurchschnitt seit Januar 2016 ²



² Diese Statistiken enthalten keine abgefeuerten Mörsergranaten und keine Raketenabstürze innerhalb des Gazastreifens.

Der Gazastreifen

Pläne zum Aufbau des Gazastreifens

► Die palästinensische nationale Einheitsregierung kündigte an, dass sie an der **Formulierung eines Plans arbeite, um die Stromversorgung im Gazastreifen noch im laufenden Jahr zu verbessern**. In der Bekanntmachung wurde betont, dass dazu alle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, einschließlich der finanziellen Ressourcen und der Erhöhung der Anzahl von Energiequellen im Gazastreifen (Wafa Nachrichtenagentur, 24. Oktober 2017). In diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass **Zafer Milhem**, Vorsitzender der Palästinensischen Behörde für Energie und natürliche Ressourcen, seine Arbeit im Hauptquartier der Energiebehörde in Gazastadt aufgenommen habe. Es wurde bekannt gegeben, dass er mit der Umsetzung eines Sanierungsplans der Stromversorgung im Gazastreifen begonnen habe (Safa Nachrichtenagentur, 26. Oktober 2017).

► **Muhammad Aschtia**, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, sagte, dass Pläne zur Entwicklung des Gazastreifens bereitstehen. Allerdings müssten zunächst die Länder der Welt intervenieren, um den Gazastreifen von der "Belagerung" zu befreien, und das Versöhnungsabkommen zwischen der Fatah und der Hamas müsste gemacht sein. Seinen Angaben zufolge bestehen mehrere Vorschläge zum Aufbau des Gazastreifens, so beispielsweise die Verlegung einer Eisenbahnlinie, die den nördlichen und südlichen Gazastreifen verbinden soll; der Bau einer Entsalzungsanlage im Wert von ca. 450 Mio. Dollar; die Errichtung eines Wasser- und Flughafens; usw. (Dunia al-Watan, 26. Oktober 2017).

Vereiteltes Attentat auf den Kommandeur der Sicherheitskräfte im Gazastreifen

► Im Gazastreifen wurde versucht, **ein Attentat auf Tawfiq Abu Naim, stellvertretender Innenminister und Kommandeur der Sicherheitskräfte im Gazastreifen**, auszuführen. Das versuchte Attentat wurde mittels eines **Sprengsatzes, der im Flüchtlingslager Nusserat an seinem Wagen befestigt wurde**, verübt. Dieser explodierte, als er eine Moschee am Ende des Freitagsgebets verließ. Abu Naim wurde **leicht verletzt**, im Krankenhaus behandelt und kurze Zeit später nach Hause entlassen (PalInfo, 28. Oktober 2017).

► **Tawfiq Abdallah Suleiman, genannt Abu Naim** (55), aus dem zentralen Gazastreifen, wurde am 14. Mai 1989 von Israel festgenommen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, Mitbegründer des militärischen Arms der Hamas im Zentrum des Gazastreifens zu sein. Er war einer der Mitglieder der Zelle, zu der auch Yahya al-Sinwar und Rawhi Muschtaha gehörten. Er wurde 2011 im Rahmen des "Schalit-Deals" befreit. Nach seiner Entlassung war er für das "Portfolio der Gefangenen" der Hamas verantwortlich. Im Dezember 2015 wurde er als Kommandant der internen Sicherheitskräfte anstelle von Salah a-Din Abu Scharakh ernannt (Website von Alresalah.net, 27. Oktober 2017; PALINFO, 27. Oktober 2017). **In seiner Funktion ist er für die innere Sicherheit im Gazastreifen verantwortlich. Zudem leitete er auch das Projekt zur Errichtung der Pufferzone entlang der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten** (Website von Alresalah.net, 29. Oktober 2017).

► **Beamte der Hamas beeilten sich, Israel die Schuld an dem Attentat zu geben.** Es wurde behauptet, dass das Attentat zur Sabotierung der innerpalästinensischen Versöhnung gedacht war. Obwohl Israel öffentlich beschuldigt wurde, **ist die vorherrschende Einschätzung im Gazastreifen, dass Salafisten hinter dem Attentat stehen.** Diese wollten sich für die durchgeführten Anti-Terror-Operationen der Sicherheitskräfte der Hamas gegen sie, vor allem nach der Annäherung an Ägypten, rächen (Haaretz, die 27. Oktober 2017).

► **Rami Hamdallah**, Premierminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, **veranlasste die Chefs des allgemeinen palästinensischen Geheimdienstes und der Polizei, in den Gazastreifen zu reisen, um dem Vorfall zu untersuchen. Fawzi Barhum**, ein Sprecher im Namen der Hamas, sagte, dass die Untersuchung des Attentats weitergeführt werde. Seinen Worten zufolge zeige dieser Vorfall einen deutlichen israelischen "Fingerabdruck", zumal Abu Naim ein entlassener Häftling sei und weil seine Ansichten in Bezug auf die palästinensische Frage den Kampf gegen Israel unterstützen (Ma'an Nachrichtenagentur, 28. Oktober 2017). **Iyad al-Bazam**, Sprecher des Innenministeriums in Gazastadt, warnte die Medien und die Nutzer der sozialen Netzwerke, keine Gerüchte über das Attentat zu verbreiten. Er fügte hinzu, dass hier nur offizielle Ankündigungen des Innenministeriums herangezogen werden dürften (Safa Nachrichtenagentur, 27. Oktober 2017).

► Hochrangige Persönlichkeiten der Hamas, darunter **Ismail Haniyya**, Chef des Politbüros, besuchten Abu Naim, nachdem er aus dem Krankenhaus entlassen wurde (Palinfo, 28. Oktober 2017). **Premierminister Rami Hamdallah** rief Tawfiq Abu Naim an und erkundigte sich nach dessen Befinden. Er verurteilte den Attentatsversuch und sagte, dass die Schuldigen aufgegriffen werden müssen (Dunia al-Watan, 28. Oktober 2017). Tawfiq Abu Naim dankte allen, die sich für sein Befinden interessierten und berichtete, dass er bald wieder arbeiten werde. Er behauptete, dass die Attentäter ihr Ziel nicht erreicht hätten und dass die Palästinenser ihre standhafte Haltung beibehalten werden, um ihren Wunsch, die Spaltung zu beenden, zu erfüllen. Ihm zufolge sei Israel darauf bedacht, die Pläne im Moment der Wahrheit zu zerstören und sei daher der einzige Nutznießer dieser Situation (al-Aqsa, 29. Oktober 2017).



Links: Ismail Haniyya, Chef des Politbüros der Hamas, besucht Tawfik Abu Naim im Schifa-Krankenhaus in Gazastadt (Twitter-Account von PALINFO, 27. Oktober 2017)
Rechts: Der Wagen von Tawfik Abu Naim nach dem versuchten Attentat



Yahya al-Sinwar, Chef der Hamas und Mitglied des Politbüros der Bewegung im Gazastreifen, besucht Tawfik Abu Naim in seinem Haus (Twitter-Account von PALINFO, 30. Oktober 2017)

UNRWA deckt einen weiteren Tunnel unter einer seiner Schulen auf

► **Christopher Guinness**, Sprecher des UNRWA-Hilfswerks, gab eine Erklärung ab, wonach am 15. Oktober 2017 UNRWA etwas unter einer seiner Schulen aufgedeckt habe, was wie ein Tunnel aussehe. Dieser Erklärung zufolge wurden die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Schule zu gewährleisten. Die Schule nahm ihren Betrieb am 25. Oktober 2017 wieder auf, nachdem der offene Raum unterhalb der Schule aufgefüllt und blockiert wurde. Es wurde bekannt gegeben, dass sich das UNRWA an "relevante Faktoren" gewandt habe und gegen die Verletzung der Neutralität der UN-Einrichtungen, die die Mitarbeiter und Nutzer des Hilfswerks gefährdete, protestiert habe (Website des UNRWA-Hilfswerks, 28. Oktober 2017; a-Sharq al-Awsat, 30. Oktober 2017). **Abdel Latif al-Kanua**, ein Sprecher im Namen der Hamas, verweigerte jeglichen Kommentar und sagte, dass die zuständigen Stellen im Gazastreifen den Vorfall überprüfen (die amtliche chinesische Nachrichtenagentur, 29. Oktober 2017).

► Die arabische Facebook-Seite des Regierungskordinators in den Gebieten (COGAT), berichtete, dass der Tunnel unter der Mittelschule für Jungen in Bet Hanun im nördlichen Gazastreifen aufgedeckt wurde (Die arabische Facebook-Seite von COGAT, 29. Oktober 2017). Es sei darauf hingewiesen, dass dies nicht das erste Mal ist, dass ein Tunnel unter einer UNRWA Schule enthüllt wird. Am 9. Juni 2017 berichtete ein Sprecher des UNRWA über die Aufdeckung eines Tunnelabschnitts, der unter zwei Schulen im Flüchtlingslager al-Maghazi (Deir al-Balah) im zentralen Gazastreifen verlief.³

³ Für weitere Einzelheiten über Tunnel unter UNRWA-Schulen siehe Publikation des Informationscenters vom 15. Juni 2017: UNRWA berichtet über die Aufdeckung eines Tunnels, der unter zwei Schulen im Gazastreifen verläuft. Die Hamas beeilte sich, die Nachricht zu dementieren. Die militärische Nutzung von terroristischen Organisationen in UNRWA-Schulen ist ein bekanntes Phänomen, das bereits in der Vergangenheit bewiesen wurde" (in englischer Sprache)



Die UNRWA Mittelschule für Jungen in Bet Hanun, unter der der Tunnel aufgedeckt wurde (die arabische Facebook-Seite von COGAT, 29. Oktober 2017)

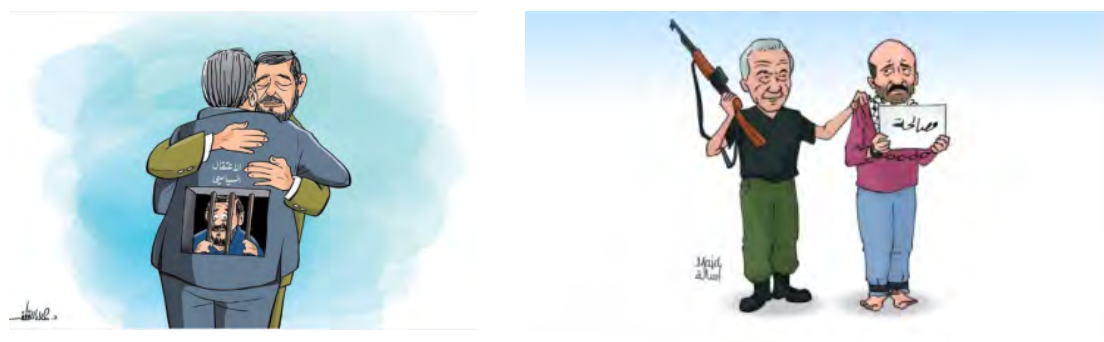
Die innerpalästinensische Versöhnung

Maßnahmen zur Umsetzung des Versöhnungsabkommens

Allgemeines

- ▶ Nach dem Abklingen der anfänglichen Begeisterung der palästinensischen Bevölkerung von der Unterzeichnung des Versöhnungsabkommens **betonen palästinensische Analytiker, dass der Weg zur innerpalästinensischen Versöhnung noch lang und mit Hindernissen gepflastert sei.** Die Vorbereitungen vor Ort zur Übertragung der Regierungsgewalt an die PA und der kontinuierliche Strom von Regierungsdelegationen von Seiten der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, die den Gazastreifen besuchen, um die Positionen an die PA-Beamten zu übertragen, werden fortgeführt. In der Hamas werden die Enttäuschung und die Kritik wegen der zögernden Aufhebung der von Mahmud Abbas verhängten Strafmaßnahmen laut. Darüber hinaus müssen noch Schlüsselthemen, wie die Zukunft der Sicherheitskräfte und die Waffen der Hamas, diskutiert werden. Diese dürften ein großes Hindernis für den Fortschritt des Prozesses bedeuten.
- ▶ Zur gleichen Zeit beschwerten sich Aktivisten der Hamas im Judäa und Samaria darüber, dass das Versöhnungsabkommen den gesamten Gazastreifen betrifft, und dass die Sicherheitsdienste der PA in Judäa und Samaria trotz der Unterzeichnung weiterhin gegen Aktivisten und Institutionen der Hamas agieren. **Fathi al-Karawi**, Mitglied des palästinensischen Legislativrats von Seiten der Hamas in Judäa und Samaria, sagte, dass die so genannten "politische Festnahmen" weiterhin vorgenommen werden und selbst nicht

vor, während oder nach der Unterzeichnung der Vereinbarung für einen Moment aufgehört haben.⁴ Er warnte zudem, dass weitere Festnahmen einen Schatten auf die Versöhnung werfen werden, und betonte, dass die PA und die diversen Mechanismen eine Erklärung für ihre Handlungen liefern müssten (Webseite von Alresalah.net, 26. Oktober 2017). Auch **Nazia Abu Awan**, ein hochrangiges Mitglied der Hamas in Dschenin, klagte, dass sich das Versöhnungsabkommen nur mit den Auswirkungen der Spaltung im Gazastreifen befasse und nicht mit den Maßnahmen, die die PA in Folge der Spaltung in Judäa und Samaria unternommen hat, sprich die politischen Festnahmen gegen Aktivisten der Hamas und die Schließung deren dortigen Institutionen (al-Monitor, 24. Oktober 2017).



Karikaturen in den Medien der Hamas, die die Fortsetzung der "politischer Festnahmen" in Judäa und Samaria trotz des palästinensischen Versöhnungsabkommens kritisieren.

Links "Die politische Festnahme" (Twitter-Account von PALINFO, 30. Oktober 2017)

Rechts: Der Chef des allgemeinen palästinensischen Geheimdienstes, Madsched Faradsch, hält ein Gewehr in seiner rechten und einen Verwaltungshäftling in der linken Hand. Letzterer trägt ein Schild mit der Aufschrift "Versöhnung" (Twitter-Account von al-Risala, 26. Oktober 2017)

Der Prozess zur Übertragung der Regierungsgewalt auf die PA

► **Der Prozess zur Übertragung der Regierungsgewalt stößt auf eine Reihe von Hindernissen.** So berichtete zum Beispiel **Adala al-Atira**, Vorsitzende der Umweltbehörde der PA, dass sie selbst nach einem zweitägigen Besuch im Gazastreifen nicht die Zuständigkeiten für die Umweltbehörde in Gazastadt übernehmen konnte. Dies lag daran, dass **Kanaan Ubed**, Vorsitzender der Umweltbehörde von Seiten der Hamas, die Zusammenarbeit mit ihr verweigerte und ihr Bedingungen stellte, die für sie inakzeptabel waren (Paltoday, 27. Oktober). Auch **Saeb Nazif**, Vorsitzender der Ländereienbehörde der PA, sagte nach seiner Rückkehr nach Ramallah, dass **Kamel Abu Madhi**, Vorsitzender der Behörde von Seiten der Hamas, die Zusammenarbeit mit ihm verweigert und ihm das

⁴ Der Begriff "politische Festnahmen" bezieht sich hier auf die Festnahmen von Terroristen und Aktivisten militärischer Organisationen, die die Hamas in Judäa und Samaria zu etablieren versucht.

Hauptquartier der Behörde in Gazastadt nicht überführt habe (Wafa Nachrichtenagentur, 26. Oktober 2017).

Übertragung der Kontrolle über die Grenzübergänge an die PA

► **Der erste Schritt zur Übertragung der Regierungsgewalt im Rahmen des Versöhnungsabkommens ist die Übertragung der Kontrolle über die Grenzübergänge, die gemäß den Bestimmungen am 1. November 2017 erfolgen soll.** Beamte der Hamas betonen weiterhin, dass sie bereit seien, die volle Verantwortung für die Grenzübergänge an die PA zu übertragen. **Iyad al-Bazam**, Sprecher des Innenministeriums im Gazastreifen, sagte, dass die Kontrolle über die Grenzübergänge am 1. November 2017 an die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen werden wird und dass das Innenministerium nicht beabsichtige, eine Verzögerung bei der Implementierung des innerpalästinensischen Versöhnungsabkommens zuzulassen (Sama, 28. Oktober 2017). **Hischam Adwan**, Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit und Information bei der Grenzübergangsbehörde im Gazastreifen, sagte, dass die PA bereit sei, die Befugnisse über die Grenzübergänge bis Anfang November, laut Versöhnungsabkommen, zu übernehmen (Schehab News, 29. Oktober 2017). Zudem wurde berichtet, dass ab dem 31. Oktober 2017 einklassierte Mittel vom Grenzübergang Rafah auf das Bankkonto des Ministeriums für Finanzen der palästinensischen nationalen Einheitsregierung überwiesen werden (al-Quds, 30. Oktober 2017).

► Im Rahmen des Prozesses zur Übertragung der Regierungsgewalt traf eine Delegation der PA unter der Leitung von **Nathmi Mahana**, Leiter der Grenzübergangsbehörde von Seiten der PA, mit hochrangigen ägyptischen Beamten zusammen, um die Übertragung der Kontrolle über alle Grenzübergänge im Gazastreifen zu diskutieren. Der Delegation gehörten auch hochrangige Mitglieder der Sicherheitsmechanismen der PA an (al-Quds, 29. Oktober 2017). Es ist geplant, dass eine Delegation der ägyptischen Sicherheitsbehörde den Gazastreifen besucht, um den Überführungsprozess der Grenzübergänge zu überwachen (Twitter-Account von Sinai News, 30. Oktober 2017).

Das Thema "Waffen der Hamas"

► Beamte der Hamas machen weiterhin klar, dass sie "rote Linien" haben und **weder den militärischen Arm der Bewegung noch seine Waffen aufgeben werden.** **Hassan Jusuf**, hochrangiges Mitglied der Hamas, machte klar, dass Gründe für die Existenz des "Widerstands" im Gazastreifen "unter und über dem Boden" bestehen, vor allem, wenn

Israel die Rechte der Palästinenser ignoriert. Er fügte hinzu, dass die Waffen des "Widerstands" niemals gegen das palästinensische Volk gerichtet werden dürfen (Dunia al-Watan, 29 Oktober 2017).

► Eine Delegation von Mitgliedern der Hamas-Fraktion im Palästinensischen Legislativrat im nördlichen Gazastreifen besuchte Positionen von Aktivisten des militärischen Arms in der Provinz von Nord-Gaza. Während ihres Besuchs betonten die Mitglieder der Delegation, dass die **Waffen des "Widerstands" legitim seien, die bewahrt werden müssen**, und dass die Palästinenser sich jedem Versuch der Demontierung der legitimen Waffen widersetzen werden (Facebook-Seite von Muschir al-Masri, 26. Oktober 2017).



Besuch der Mitglieder der Hamas-Delegation der Positionen des militärischen Arms der Hamas im nördlichen Gazastreifen (Facebook-Seite von Muschir al-Masri, 26. Oktober 2017)

► Im Folgenden einige weitere Aussagen von hochrangigen Hamas Beamten:

◆ **Salah al-Bardawil**, Mitglied des Politbüros der Hamas, sagte, dass die Hamas allen Bedingungen zugestimmt habe und den Boden für die Versöhnung eingeleitet habe, so beispielsweise die Übertragung der Grenzübergänge, der Ministerien und der Behörden. Allerdings gäbe es eine "rote Linie" in Bezug auf den "Widerstand" und dessen Waffen (al-Jazeera, 25. Oktober 2017).



Salah al-Bardawil, Mitglied des Politbüros der Hamas, (Webseite von al-Jazeera Mubascher, 25. Oktober 2017)

◆ **Saleh al-Aruri**, stellvertretender Leiter des Politbüros der Hamas, sagte, dass die oberste Priorität der Hamas die Frage der Versöhnung sei und bereit sei, Zugeständnisse im Interesse des Erfolgs zu machen. Seinen Worten zufolge seien **die Waffen des "Widerstands" legitim und notwendig für den Kampf gegen die Besatzung**. Zudem habe die Hamas nicht die Möglichkeit, Israel auf dem Boden Palästinas anzuerkennen, und sie habe ihre Strategie des Widerstands gegen die Besatzung nicht geändert (al-Jazeera, 26. Oktober 2017).

◆ **Mussa Abu Marzuk**, Mitglied des Politbüros der Hamas, sagte, das Gerede über die Abrüstung des "Widerstands" gestoppt werden müsse. Es müsse daran gearbeitet werden, das vorgenommene Programm zu beenden und die gemeinsamen Ziele, die von allen Palästinensern vereinbart wurden, zu erreichen (al-Quds, 26. Oktober 2017).

◆ **Ahmad Bahar**, stellvertretender Vorsitzender des palästinensischen Legislativrats von Seiten der Hamas, betonte in einer Freitagspredigt, die er in der Moschee Schuhada al-Saraja in Gaza-Stadt abhielt, dass die Waffen des "Widerstands" legitim seien, um die Rechte wiederherzustellen und die besetzte Erde zu befreien. Er forderte alle Palästinenser auf, sich für die Option des "Widerstands" zu vereinen. Diese habe bereits ihren Erfolg gegenüber den Verhandlungen bewiesen, da Israel nur die Sprache der Gewalt verstehe (Safa Nachrichtenagentur, 27. Oktober 2017).

◆ **Nafez Assam**, hochrangiges Mitglied der PIJ, sagte, dass die Frage der Versöhnung keine Diskussionen über die Waffen des "Widerstands" enthalten darf, darunter auch die Waffen des militärischen Arms des Islamischen Dschihad in Palästina. Denn solange die palästinensischen Gebiete besetzt gehalten werden, sei der Waffenbesitz das legitime Recht des palästinensischen Volkes (Dunia al-Watan, 28. Oktober 2017).



Eine Karikatur des Pamphlets der Hamas als Teil eines Artikels über die israelische Behandlung der Stärkung des militärischen Arms der Hamas (Website von Alresalah.net, 30. Oktober 2017)

Die Sicherheitsdienste

► Palästinensische Quellen berichteten der Londoner Tageszeitung al-Hayat, dass sich die **Fatah absolut gegen die Vereinigung der Sicherheitsdienste im Gazastreifen mit den Sicherheitsdiensten der PA ausspricht**. Sie machten deutlich, dass die Delegation der Fatah, die kürzlich Kairo besucht hatte, ihr Interesse an der Umstrukturierung der Sicherheitsdienste zum Ausdruck gebracht habe. Eine Delegation der Fatah beanstandete die Worte von Saleh al-Aruri, wonach die Ideologie der Sicherheitsdienste der "Widerstand" sei. Ebenso konterte sie die Worte von Yahya al-Sinwar, wonach die Hamas den "Widerstand" beschützen und diesen weiter entwickeln will. **Die Delegation der Fatah machte deutlich, dass sie im Gazastreifen keine Erscheinungen wie die Hisbollah im Libanon dulden werde**. Ägyptische Beamte schlugen vor, dass die Sicherheitskräfte der PA in den Gazastreifen reisen sollten, um dort ihre Kollegen zu treffen und einen gemeinsamen Ansatz in Bezug auf die Ideologie der Sicherheitsdienste zu definieren (al-Hayat, 25. Oktober 2017).

► **Mussa Abu Marzuk**, hochrangiges Mitglied der Hamas, sagte, dass dies eine der schwierigsten Fragen sei, da es in Judäa und Samaria bzw. im Gazastreifen zwei Sicherheitsinstitutionen mit unterschiedlichen Sicherheitsansätzen gibt. Seinen Angaben zufolge wurden diese Fragen während der vergangenen Gespräche nicht vertieft. In den Gesprächen mit Vertretern der Fatah in Kairo wurde jedoch vereinbart, dass die beiden Bewegungen sich bei diesen sensiblen Themen nicht beeilen wollen. Seinen Worten zufolge wird Ägypten die Fortschritte überwachen und eine wichtige Rolle dabei spielen. Er fügte hinzu, dass es hier eine Voraussetzung für den Erfolg gäbe. Allerdings dürfen vor allem Israel und die Vereinigten Staaten hier nicht stören (al-Quds, 26. Oktober 2017).

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Die Frage der Sicherheitskoordination mit Israel

► Palästinensische Beamte leugneten die Berichte in den israelischen Medien über die Erneuerung der Sicherheitskoordination zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, die aufgrund einer Anweisung von Abbas vor dem Hintergrund der Tempelberg-Krise im August unterbrochen wurde:

- ◆ **Nabil Schaath**, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und Berater von Mahmud Abbas für Außenpolitik und internationale Beziehungen, sagte, dass die

palästinensische Führung ihre Entscheidung, die Sicherheitskoordination zu stoppen, nicht rückgängig gemacht habe und dass sie diese erst wieder aufnehmen wird, nachdem Israel die Bedingungen des Oslo-Abkommens umgesetzt und die Siedlungspolitik beendet habe (Dunia al-Watan, 26. Oktober 2017).

◆ **Ahmed Madschalani**, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, bestritt die Gerüchte, wonach die Sicherheitskoordination mit Israel wieder aufgenommen wurde und erklärte, dass die Entscheidung, die Koordination zu stoppen, noch gültig sei (Dunia al-Watan, 28. Oktober 2017).

◆ **Wasel Abu Jusuf**, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, sagte, dass die Entscheidung, die Sicherheitskoordination zu stoppen, bestehen bleibe und dass keine offizielle Mitteilung der PA bezüglich einer Wiederaufnahme veröffentlicht wurde (Kuds.net, 29. Oktober 2017).

Die Propagandacampagne

Palästinensische Kampagne anlässlich des 100. Jahrestages der Balfour-Deklaration

► **Am 2. November 2017 jährt sich die Balfour-Deklaration zum 100. Mal.** Die Palästinensische Autonomiebehörde beabsichtigt, eine breit angelegte Kampagne zu diesem Thema zu veranstalten. Die geplante Kampagne beinhaltet Kundgebungen und Demonstrationen in Judäa und Samaria **und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter Großbritannien.** Bei einem Treffen, an dem Mitglieder des Zentralkomitees der Fatah teilnahmen, sagte **Mahmud al-Alul**, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und Stellvertreter von Mahmud Abbas, dass die Balfour-Deklaration "ein Verbrechen gegen das palästinensische Volk" sei. Die Mitglieder des Ausschusses riefen die palästinensische Öffentlichkeit dazu auf, gewaltfrei dagegen zu protestieren (Das palästinensische TV, 30. Oktober 2017).

► **Zur gleichen Zeit kritisieren die Palästinenser Großbritannien, welches den Tag mit einer Zeremonie unter Beteiligung von israelischen Beamten markiert, während sie damit drohen, an internationalen Gerichten Maßnahmen gegen es zu ergreifen.** Laut **Rijad al-Maliki**, Außenminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung und Beauftragter für Migranten, wird die palästinensische Führung weitere rechtliche Schritte gemäß den Anweisungen von Abbas verfolgen, sollte Großbritannien auf eine Zeremonie

anlässlich des Jahrestages beharren. Er wies darauf hin, dass die Einreichung einer Klage gegen Großbritannien mit der Forderung, die Rechte des palästinensischen Volkes wiederherzustellen und den "historischen Fehler" zu korrigieren, vorbereitet wird. (al-Arabi al-Dschadid, 22. Oktober 2017).



Eine Karikatur von Ismail al-Bazam, die die Worte der britischen Premierministerin Theresa May verurteilt : "Teresa May – Wir sind stolz auf unsere Rolle in der Errichtung (des Staates) Israel" (Facebook-Seite von Ismail al-Bazam, 30. Oktober 2017)

► Im Folgenden sind einige Aussagen von palästinensischen Beamten über die Balfour-Deklaration:

- ◆ Laut **Ahmed Madschalani**, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, muss Großbritannien drei Forderungen erfüllen, um für die Balfour-Deklaration "zu büßen": den Palästinensern eine Entschuldigung für die "Nakba "(Katastrophe), die aufgrund der Deklaration verursacht wurde, überreichen; den Flüchtlingen Entschädigungen zukommen lassen; und den palästinensischen Staat anerkennen. Seinen Worten zufolge arbeite die palästinensische Führung **auf rechtlicher Ebene**, um die britische Regierung zu verklagen (Dunia al-Watan, 18. Oktober 2017).
- ◆ Auf einer Pressekonferenz, die die Verhandlungsabteilung der PLO zum Thema 100 Jahre Balfour-Deklaration in Ramallah abhielt, sagte **Nabil Schaath, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und Berater von Mahmud Abbas**, dass rechtliche Bemühungen unternommen werden, um eine Studie bezüglich der Folgen der Balfour-Deklaration vorzunehmen und von Großbritannien zu fordern, die Palästinenser dafür zu entschädigen. Schaath schließt einen Antrag an das internationale Gericht und das britische Gericht nicht aus, sagte jedoch, dass dies noch geprüft werde. Seinen Worten

zufolge befürchte Großbritannien Forderungen von anderen Völkern und Ländern auf der Welt, die unter dem britischen Kolonialismus gestanden haben, diese für die Schäden, die ihnen dadurch zugefügt wurden, zu entschädigen. Zudem befürchte es auch, dass die Entschädigungen an die Palästinenser für die Schäden aufgrund der Balfour-Deklaration in Höhe von Millionen von Dollar steigen könnten (Anatolia Nachrichtenagentur, 24. Oktober 2017, die Agentur "Watan", 24. Oktober 2017; Ma'an Nachrichten, 25 Oktober 2017).

◆ **Schawan Dschabarin**, ehemaliges Mitglied der Organisation Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der an der Spitze der Organisation al-Haq steht, sagte, dass ein **Team von palästinensischen Anwälten eingehende Diskussionen darüber, ob dem britischen Justizsystem eine Klage in Bezug auf das britische Mandat und nicht bezüglich der Balfour-Deklaration eingereicht werden sollte, abhalte**. Seinen Worten zufolge wird zusammen mit einem Team von internationalen Rechtsanwälten ein Rechtsgutachten bezüglich der Erfolgsmöglichkeiten in diesem Prozess eingereicht werden, welches der palästinensischen Führung vorgelegt werden wird, die das Thema prüfen wird. Er erklärte, dass der nächste Schritt sei, die Klage beim britischen Rechtssystem einzureichen und betonte, dass dieser Schritt mit einer umfangreichen Medienkampagne zu begleiten sei (Dunia al-Watan, 23. Oktober 2017).

◆ Der Sprecher des nationalen Komitees zur Markierung des 100. Jahrestages der Balfour-Deklaration, **Muhammad al-Laham**, sagte, dass am 2. November 2017 eine zentrale Prozession in Ramallah abgehalten werden wird. Die Prozession wird vom Jassir Arafat Platz in Richtung des britischen Kulturzentrums laufen. Weitere Prozessionen werden in Nablus, Hebron und anderen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern stattfinden. In Bethlehem wird am 1. November eine Prozession abgehalten werden. **In Jerusalem wird eine Prozession in Richtung des britischen Konsulats stattfinden**, an deren Ende dem Konsulat 100.000 Protestbriefe in verschiedenen Sprachen überreicht werden, die von palästinensischen Schülern an die britische Regierung aufgrund der Position Großbritanniens formuliert wurden. (Anatolia Nachrichtenagentur, 24. Oktober 2017; Watan Nachrichtenagentur, 24. Oktober 2017; Ma'an Nachrichtenagentur, 25 Oktober 2017).

Britische Delegation besucht Hebron

► Aufgrund der Ereignisse des Jahrestags der Balfour-Deklaration **reiste eine britische Delegation, welche aus sechzig Aktivisten bestand, nach Hebron**. Die Delegation, deren Ziel es war, die Balfour-Deklaration zu verurteilen und sich deswegen vor dem palästinensischen Volk zu entschuldigen, traf nach einem Fußmarsch, der 135 Tage andauerte und von London über Frankreich, Schweiz, Italien, Türkei, Griechenland und Jordanien führte, ein. Sie erreichte die Gebiete von Judäa und Samaria über den Grenzübergang Allenby. Die Mitglieder der Delegation wurden in Hebron von palästinensischen örtlichen Aktivisten und von Vertretern des Distriktgouverneurs von Hebron empfangen. IDF-Truppen verhinderten das Betreten des Bereiches der a-Schuhada Straße, (welche seit 2000 für Palästinenser gemäß des Befehls des Kommandanten des Zentraldistrikts gesperrt ist) (al-Bawaba Nachrichtenagentur, 29. Oktober 2017).



**Mitglieder der britischen Delegation in Hebron
(Twitter-Account von PALINFO, 29 Oktober 2017)**

► Die Organisation "Palestine Solidarity Campaign" (PSC), eine anti-israelische Organisation in Großbritannien, die sich für die palästinensische Sache einsetzt, kündigte die Veranstaltung einer Demonstration und einer Kundgebung am 4. November in London an. Bei der Kundgebung werden unter anderem Mustafa al-Barghuti und ein Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde in Großbritannien sprechen (Website von PSC).

Einweihung eines Platzes auf den Namen von Fathi Schkaki

► Die Organisation Islamischer Dschihad in Palästina (PIJ) weihte im Dorf Araba (südwestlich von Dschenin) einen Platz auf den Namen von Fathi Schkaki, Mitbegründer der Organisation, aufgrund seines 22. Jahrestages, ein. Bei dem Ereignis war **Khader Adnan**, ein leitendes Mitglied der Organisation in Nord-Samaria, anwesend, der auf seiner persönlichen Facebook-Seite auch eine Einladung zur Teilnahme an der Einweihungszeremonie des Platzes teilte. (Facebook-Seite von Khader Adnan, 26. und 27. Oktober 2017).



Einweihung des Platzes auf den Namen von Fathi Schkaki, Gründer der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina, im Dorf Arabe in der Gegen von Dschenin, unter der Teilnahme von Khader Adnan, ein leitendes Mitglied der Organisation (Paltoday, 28 Oktober 2017)